



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/84 - 16. April 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 88 6 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Sachliche Gespräche notwendig!</u> Washington und Bonn - den Blick für das Ganze bewahren	66
2 - 3	<u>"Mehr Gerechtigkeit" bringt CSU durcheinander</u> SPD-Bayernprogramm verschärft Dilemma der Strauss-Partei	79
4	<u>Zu Lasten der Steuerzahler</u> Hohe Kosten im Fall Stielau	29
5 - 6	<u>Der Stand der Ost-West-Beziehungen</u> Entspannung, Ruhe vor dem Sturm oder "modus vivendi" ? Von unserem Korrespondenten in den USA	91

* * *
* *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Sachliche Gespräche notwendig !

Washington und Bonn - den Blick für das Ganze bewahren

sp - Mindestens seit dem 13. August 1961 wissen die ernsthaft an der Lösung des Deutschland- und Berlinproblems Interessierten, dass bei aller Grundsatztreue zu unabdingbaren Voraussetzungen für die Erhaltung der Freiheit der Westberliner Bevölkerung und der Bundesrepublik die internationale Politik ständig nach einer Entspannung im Ost-West-Verhältnis sucht. Das muss man sich deshalb vor Augen halten, weil ja die Berlinfrage bei den Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit lediglich ein Teil einer grossen Konzeption ist, bei dem weder die Begriffe "Verzicht" oder "Nachgeben" zum Vokabularium internationaler Verhandlungen gehören.

- * Das übergeordnete Ziel ist die Erhaltung der
- * Freiheit und des Friedens im Rahmen einer sich wiederfinden-
- * den deutschen Nation, deren Existenz auch nach der Errichtung
- * der Schandmauer in Berlin nicht wegdiskutiert werden kann.

Es ist deshalb notwendig gewesen, dass der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, zum Abschluss eines Interviews, das er am vergangenen Wochenende einer Sonntagszeitung gegeben hatte, die Bemerkung machte:

- * "Aber wir komplizieren die Situation noch mehr, wenn wir uns
- * wie aufgeschreckte Hühner verhalten oder so tun, als stünden
- * wir vor Fragen, die den verantwortlichen Kräften der deut-
- * schen Politik unbekannt gewesen wären."

Seit Freitag vergangener Woche wird nun von einer "Vertrauenskrise zwischen Washington und Bonn" gesprochen. Das ist ein sehr leichtfertiges Wort; wenn es sich in der deutschen Publizistik festsetzt, haben Chruschtschow und Ulbricht in der Auseinandersetzung um Berlin und Deutschland eine Schlacht gewonnen, ohne einen Finger krumm gemacht zu haben.

Alle verantwortlichen Politiker unserer westlichen Verbündeten haben in den vergangenen Monaten mehr als einmal erklärt, dass sie zu Berlin stehen, nicht bereit sind, die Freiheit Berlins oder der Bundesrepublik gegen einen schlechten Kompromiss mit Chruschtschow einzuhandeln, und sie haben sogar in offiziellen Noten an den Krezml zum Ausdruck

gebracht, dass sie einen auf Westberlin oder die Bundesrepublik gerichteten Angriff als einen Angriff auf sich selbst mit allen Konsequenzen betrachten würden.

M e h r kann man von einem Verbündeten nicht verlangen, der ausser unserem Schutz auch noch die Aufgabe übernommen hat, das menschenmögliche für die Erhaltung des Friedens zu tun. Cassandra-Rufe über ein angebliches Weichwerden des Westens oder eilfertige Vertrauenserklärungen sind deshalb fehl am Platze.

Wenn man davon ausgeht, dass die in den letzten Tagen in der deutschen und amerikanischen Presse angedeuteten amerikanischen Vorstellungen für die Fortsetzung der Ost-West-Gespräche über das Berlinproblem sachlich zutreffen, dann sollte man diese Vorschläge als einen Teil des Planes einer Politik betrachten, die in einer weiteren Grössenordnung nicht nur zu einem sogenannten modus vivendi, sondern zu einer Atmosphäre der Entspannung führen soll, in der die Kernfragen des Ost-West-Gegensatzes in Europa endlich sachlich besprochen werden können. Gelingt dies den Amerikanern nicht - was bei der bekannten Haltung der Sowjets durchaus nicht von der Hand zu weisen ist - dann bleibt das jetzige Gesprächsunternehmen lediglich ein Versuch mehr, die Sackgasse der Ost-West-Beziehungen endlich zu durchbrechen. An der Bereitschaft der Amerikaner und der übrigen westlichen Verbündeten, ihre Rechte nicht antasten zu lassen, hat sich dadurch nichts geändert.

- * Aus allen diesen Gründen hat die Deutsche Sozialdemokratie
- * keine Veranlassung, in den Chor derjenigen einzustimmen,
- * die jetzt plötzlich aufzuwachen scheinen, Wind machen und
- * dadurch die neuen amerikanisch-sowjetischen Gespräche be-
- * lasten, b e v o r sie überhaupt begonnen haben.

Wir wollen niemanden verdächtigen, aber auffällig ist doch, dass der stärkste Wind aus jenen Ecken kommt, in denen man schon seit l a n g e m die Pflicht erkannt haben müsste, das deutsche Volk sachlich und korrekt über eine Situation zu unterrichten, die nur in einem guten Vertrauensverhältnis zu unseren westlichen Verbündeten gemeistert werden kann.

"Mehr Gerechtigkeit" bringt CSU durcheinander

SPD-Bayernprogramm verschärft Dilemma der Strauss-Partei

Von Bruno Friedrich

Während die CDU an ihrer Führungsspitze experimentiert, mit dem Ziel, den geistigen und politischen Substanzverlust ihrer Partei durch organisatorische Maßnahmen aufzuhalten, gerät unter der Führung von Franz-Josef Strauss in Bayern die CSU in eine immer mehr prekäre Situation, von der aus die Zeiten, in denen Dr. Hanns Seidel die Partei regierte, wie die verflossenen goldenen Jahre erscheinen müssen. Mit der Vorlage seines "Bayernprogramms" hat, ohne darin die CSU nur einmal zu nennen, der SPD-Landesvorsitzende Waldemar von Knoeringen die empfindlichen Stellen der CSU blossgelegt. Das gilt für die Prinzipien dieser Partei, für ihre Wahlkampfmethoden und für ihre personellen Stützen.

Der vorgelegte SPD-Programmentwurf mit seiner Forderung nach "Mehr Gerechtigkeit" beleuchtete viele Mißstände in unserer Gesellschaft, die zu beseitigen die CSU bis heute keine Anstrengungen unternommen hat. Als Antwort auf die Forderung der SPD hat die CSU versucht zu begründen, daß die von ihr aus dem "C" abgeleitete Gerechtigkeit a priori dem Gerechtigkeitsbegriff der SPD überlegen sei. Das zeigt, wie wenig man bei der CSU begriffen hat, daß es in der Politik vor allem darauf ankommt, Gerechtigkeit zu verwirklichen, weniger, sie zu begründen. In diesem Zusammenhang gilt auch für die CSU, was Heinz Theo Risse kürzlich in den "Frankfurter Heften" über die CDU geschrieben hat: "Zieht man eine noch so vorsichtige Gesamtbilanz (und hält sich nicht nur an die freilich wesentlichen Ausnahmen), so haben sie" - gemeint die Christen in den christlichen Parteien - "insbesondere nicht jene 'schmerzhafteste Solidarität mit allen Leidenden und Verdammten dieser Erde' bekundet, von der Maritain sagte, sie sei notwendig, damit die Christen nicht auf der Liebe einschließen, die sie empfangen haben. Eine 'christliche Politik', deren hauptsächlichstes Kennzeichen nicht in solcher Solidarität besteht, ist keine christliche Politik, welche glanzvolle philosophischen Doktrinen und Ordnungsbilder man immer um sie herum entwerfen oder über sie stülpen mag. Christliche Politik kann nur nach dem Maß der Solidarität gewogen werden, mit der sie ihre unsichere Wahrheit bezeugt und verwirklicht, nicht nach dem Maß der Machtpositionen, die sie erlangt hat."

An diese Stelle gehört, was als "Stimme der CSU" der Abgeordnete Dr. J ä g e r über die SPD-Forderung nach "Mehr Gerechtigkeit" in einer Münchner Zeitung hat verlauten lassen:

"Vor allem aber ist die SPD-Parole ein Appell an den Instinkt des Neides, der, wie schon Tacitus wußte, das deutsche Nationallaster ist, ein Laster, das durch den Nationalsozialismus besonders kultiviert wurde."

Wenn der Jurist und Christ Dr. Jäger die Forderung nach "Mehr Gerechtigkeit" einen "Appell an den Instinkt des Neides" nennt, dann ist dies nicht nur aufschlussreich für das Rechtsempfinden des Juristen und für das christliche Ethos des CSU-Abgeordneten Dr. Jäger; nicht minder deutlich ist die Hilflosigkeit der CSU, dem Wähler mit einem sachlich-ernsten konstruktiven Programm gegenüberzutreten, wie Knoeringen es getan hat.

Der Weg der SPD in Bayern, alle zur Mitarbeit bereiten Bürger, ob Mitglieder oder Nichtmitglieder der SPD, an der Formulierung ihres "Bayernprogramms" zu beteiligen, die Bereitschaft zum Gespräch mit jedermann, diese "Demokratie von unten", verschärft die Konturen und negativen Züge der von der CSU bevorzugten "Demokratie von oben" mit der für sie typischen Verkettung des politischen Gegners. Im Augenblick ist allerdings Sand in die Rotationsmaschine der Verkettung geraten. Auch deshalb kommt der CSU die Veröffentlichung des Bayernprogramms der SPD recht ungeliegt.

Die SPD präsentierte durch integere Politiker ihres Landesrates ihr "Bayernprogramm" in einem Augenblick, in dem bei der CSU eine besondere Art von Stabilität bestimmt nicht umstritten ist: stabil ist der Zweifel am politisch-moralischen Verhalten von CSU-Abgeordneten einschliesslich ihres Vorsitzenden samt einer Stütze ihrer Gesellschaft namens Kapfinger.

In dieser Situation einen Wahlkampf beginnen zu müssen, noch bevor das Isarwasser den groben Schmutz hinweggespült hat, ist der CSU mehr als unangenehm; denn die früheren Säulen der CSU in Bayern sind heute ihre drei grossen Plagen: die von Dr. Hundhammer begründete Intoleranz, zuletzt demonstriert im Bayerischen Rundfunk, die unkontrollierbare Arroganz des CSU-Vorsitzenden Strauss und die Dunkel-männer-Penetranz des Zeitungsverlegers Kapfinger. Es wird nicht bestritten, dass mancher CSU-Politiker diese Vorgänge in seiner Partei mit grossem Unbehagen verfolgt und sich von ihnen distanziert; aus der Welt geschaffen sind sie damit nicht.

An einer CSU in diesem Zustand wird die SPD ihren Wahlkampf vorbeiführen. Jenseits der politischen Sumpfwiesen konzentriert sich die Sozialdemokratie auf ihr "Bayernprogramm", gegründet auf das klare Prinzip von "Mehr Gerechtigkeit", ein Programm, in dem auf die drei Buchstaben CSU von der ersten bis zur letzten Seite verzichtet wird.

Zu Lasten der Steuerzahler

ku. - Das hat es im Nachkriegsdeutschland noch nicht gegeben: Ein Studienrat namens Stielau, der zugleich DRP-Vorsitzender von Lübeck ist, bezeichnet am 10. Oktober 1958 das Tagebuch des jüdischen Mädchens Anne Frank als Fälschung und wird daraufhin, erst als deren Vater es wünscht, wegen Verleumdung angeklagt. Der Strafprozeß gegen ihn endet im Oktober 1961 - drei Jahre dauerten die Prozeßvorbereitungen - mit einem Vergleich und einer mageren Entschuldigung. Im April 1962 wird der seinerzeit vom Dienst beurlaubte und daher um so wirksamer DRP-Propaganda treibende Stielau im Kultusministerium in Kiel zur Durchführung des beamtenrechtlichen Disziplinarverfahrens geladen.

Die Bilanz für den Steuerzahler sieht so aus: Stielau hat bis jetzt für sein süßes Nichtstun an Schaltern rund 63 000 DM erhalten, für die die Steuerzahler ja aufzukommen haben. Der Prozeß selbst kostete darüber hinaus einschließlich der Honorare für die Gutachter rund 16 000 DM. Die Konsequenz lautet: Es kommt ein Studienrat daher und verleumdet das Tagebuch eines verstorbenen jüdischen Mädchens, das die Nationalsozialisten umbrachten. Ihm geschieht bisher nichts, aber die Steuerzahler haben dafür Summa summarum rund 80 000 DM zu zahlen.

Jetzt fehlte nur noch, daß das Kultusministerium diesen Stielau weiterhin im Amt verwendet, vielleicht bei einer zwölfmonatigen Gehaltskürzung von 100 DM. Stimmen in dieser Richtung sind schon zu hören: denn "der Stielau ist ja gar nicht verurteilt worden." Die andere Möglichkeit wäre, die Angelegenheit wird der Dienststrafkammer beim Verwaltungsgericht übergeben und auch hier kommt ein höchst mildes Urteil heraus. Man fragt sich, ob der demokratische Staat zu Lasten der Steuerzahler so milde mit Leuten wie Lothar Stielau umspringen sollte.

Der Stand der Ost-West-Beziehungen

Von unserem Korrespondenten in den USA

General Lucius Clay, Symbol des amerikanischen Widerstandswillens gegen jeden Druck aus dem Osten und personifizierte Garantie Präsident Kennedys für das freie Berlin, wird seine Berliner Zelte abbrechen und in seine Heimat zurückkehren, um seinen Beruf als Generaldirektor eines New Yorker Industrieunternehmens wieder aufzunehmen. Vorher schon hatte man gelegentlich gemunkelt, dass es zwischen ihm und seinen technisch vorgesetzten Dienststellen, etwa der militärischen Hierarchie des Pentagon, zu Reibungen gekommen war, und zwar vorwiegend wegen Verfahrensfragen, weil Clay auf einem "direkten Draht" ins Weiße Haus in Washington bestanden hatte und den Instanzenweg über die amerikanische Militärposten in Heidelberg und bei der NATO ablehnte. Nunmehr konnte der Verdacht nicht ausbleiben, dass er selber seine Berliner Mission als gescheitert ansah und darum seine Koffer packte. Diese Schlussfolgerung ist jedoch grundfalsch.

Aufgabe vorzüglich gelöst

Vielmehr war von Anfang an geplant gewesen, Clays Berliner Mission als vorübergehende und sogar kurzfristige Krisenmaßnahme anzusehen: notwendig geworden in den Wochen und Monaten nach Errichtung der Berliner Mauer, als die Berliner Stimmung einer kritischen Belastungsprobe ausgesetzt war. Die ihm gestellte Aufgabe hat Clay - das ist unbestritten - vorzüglich gelöst, und die vorübergehend drohende Gefahr eines "Aushungerns" oder "Verdorrens" Westberlins ist offensichtlich heute gebannt. Schon vor einigen Wochen hatte Amerikas immer noch führender politischer Chronist Walter Lippmann geschrieben, dass niemand erwarten könne, dass Clay "den Rest seiner Tage in Berlin zubringen" werde, - und wenig später hatten Sprecher des Washingtoner Staatsdepartements sogar hinzugefügt, dass das keineswegs wünschenswert sei, - ja, dass es schädlich wäre, selbst wenn es sich durchführen liesse.

Ohne Illusionen

Das heißt andererseits freilich keineswegs, dass Washington an eine Entspannung und Aussöhnung mit Chruschtschow mit allen Illusionen glaubt; es heißt lediglich, dass nach amerikanischer Ansicht Chruschtschow zur Zeit so viele andere Sorgen und Aufgaben hat, dass er - getreu dem alten Moskauer Prinzip, sich nie in zwei Abenteuer gleichzeitig zu engagieren - Berlin jetzt in den Hintergrund treten lässt. Da ist die explosive Situation in China, die man in Washington sehr ernst nimmt und die offensichtlich Chruschtschow dazu zwingt, in Europa die Bremsen scharf anzuziehen - und die überdies auch wohl einer weiteren Zuspitzung des Bürgerkrieges in Vietnam entgegensteht. Da ist, diese rot-chinesische Krise für sich ausnutzend, eine verstärkte Aktivität bei den Formosa-Chinesen, die laut und deutlich von Invasionsplänen auf dem Festland reden, - und wenn man das auch vielleicht nicht allzu ernst nehmen soll, so schenkt Moskau doch diesen Dingen viel Aufmerksamkeit.

Dann ist da das neue Tauziehen um die Abrüstungsfrage, das hauptsächlich darum so wichtig ist, weil es Präsident Kennedy Anlass bot, die neuen amerikanischen Tests mit Atomwaffen anzukündigen - und Chruschtschow damit in eine etwas peinliche politische Defensive zu drängen. Alles das zusammen erklärt, warum Moskaus Druck auf Berlin spürbar nachgelassen hat - und warum Washington nicht mit einem sehr baldigen Ende dieser Entspannungsperiode rechnet.

Auf der Suche nach einer Dauerlösung

Die westliche Haltung angesichts dieser Atempause kondensiert sich nur langsam und vorsichtig. An sich läge es nahe, die Hände in den Schoß zu legen und sich mit dem heutigen Status quo abzufinden, der trotz der Existenz der Mauer ja immer noch besser ist als ein Neuaufbruch einer Krise. Aber dieser Status quo ist ungesichert und ungarantiert, weshalb sich der Versuch aufdrängt, einen "modus vivendi" zu suchen, eine Dauerformel, die so hieb- und stichfest formuliert ist, dass sie den Berlinern mehr gewährt als nur eine Atempause - und die auch nicht die Daueranwesenheit von General Clay und die periodischen Ermutigungsbesuche amerikanischer Persönlichkeiten wie Vizepräsident Johnson und Justizminister Robert Kennedy erfordert. Diesem Zweck dienten im Herbst und Winter die Moskauer Gespräche zwischen Gromyko und Botschafter Thompson, die bekanntlich ohne jeden Erfolg waren, - und diesem Zweck werden nunmehr, nachdem Gromyko überraschendes Interesse für Rusks Plan der Internationalisierung der Zufahrtswege nach Berlin bekundete, jetzt Gespräche in Washington zwischen Dean Rusk und dem neuen sowjetischen Botschafter Dobrynin dienen.

Periode ohne echten Frieden

Wie diese Gespräche verlaufen werden, kann man natürlich nicht voraussagen. Die Amerikaner sind über den Ortswechsel der Gespräche, von Moskau nach Washington, eher erfreut. Sie haben sich die Zustimmung ihrer Verbündeten - mit Ausnahme Frankreichs - zu diesem Verfahren geholt und überdies erklärt, dass sie auf keinen Fall eine russische Zustimmung zur internationalen Überwachung der Zufahrtswege durch einseitige Konzessionen in bezug auf Freiheit und Lebensfähigkeit Westberlins erkaufen würden. Die Gespräche dürften sich lange hinziehen - und werden vermutlich weitgehend im Schatten gedämpfter Diskretion vor sich gehen, - während sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Atomtests, dramatische britisch-amerikanisch-kanadische Gemeinschaftspläne in der Weltraumforschung und sterile Papierdebatten der Genfer Abrüstungskonferenz konzentrieren wird.

Zusammengefasst sieht man in diesem Gesamtbild in Amerika in Kühler Illusionslosigkeit keine solide echte Dauerentspannung, aber auch keine temporäre Ruhe vor einem neuen Sturm. Alle Anzeichen scheinen auf eine Periode eines bewaffneten "modus vivendi" hinzudeuten, auf eine Periode ohne echten Frieden, aber in der sich die grossen Machtblöcke darüber einig sind, dass sie keine gewaltsamen Verschiebungen der Landkarte oder Veränderungen des politischen Gleichgewichtes ertrotzen können, - und dass demgemäss der Schwebezustand der einzige Zustand ist, der von Dauer sein kann. In dieser nüchternen Erwartung packt Washington die Gegenwartsaufgaben an, von der Suche nach einer Berlinformel zu den neuen Tests mit Atomwaffen.